

Leserbrief NZZ erschienen am 18. Mai 2016

16. Mai 2016

## **Asyl-Politik im Halbdunkel**

In den Gemeinden herrscht Angst vor der starken Zunahme der illegalen Migration. Dies trotz all der Beruhigungspillen der zuständigen Ämter, die von den meisten Medien kritiklos weiterverbreitet werden. So ist zu lesen: „Asylgesuche seit 5 Monaten rückläufig. Im April 12 % weniger“ (NZZ Nr. 110 S. 15). Ziel solcher Meldungen ist dem nichteingeweihten Leser Sand in die Augen zu streuen, denn die Zahl der Asylgesuche ist in den letzten 5 Monaten stark gestiegen, allein vom Januar bis April 2016 im Vergleich zur Vorjahresperiode 2015 um 72 %! Zu- und Abnahmen im Vergleich zu den Vormonaten sind unerheblich.

Einen Tag später schreibt die NZZ Nr. 111 auf Seite 1, der Abstimmungskampf über das neue Asylgesetz „fokussiere sich auf Nebenschauplätze und Luftschlösser“. Die Lebenserfahrung zeigt, dass die vorgeschlagenen Massnahmen mit Gratisrechtsbeiständen und Gratisanwälten für Migranten zu erheblichen Verzögerungen und massiv längeren Aufenthaltsdauern auch für abgewiesene Asylbewerber führt, die dann in der Regel in der Schweiz bleiben können.

Auch will man nicht sehen, dass mit diesem neuen Asylgesetz ein rechtsstaatlich bedenklicher Eingriff ins Privateigentum im Gesetz verankert wird. Eine Verwaltungsabteilung – das heisst das EJPD unter Führung von Frau Sommaruga – soll das Recht bekommen, Liegenschaften zur Unterbringung von Asylsuchenden zu enteignen. Rekurse entscheidet wiederum das EJPD. Die anschliessende Baubewilligung erteilt ebenfalls das EJPD, und Einsprachen werden wiederum durch das EJPD erledigt. Solche Enteignungsverfahren gibt es sonst nur bei standortgebundenen Bauten im öffentlichen Interesse, wie für Infrastrukturen und für die Landesverteidigung. Betroffen wären neu Mieter, Hauseigentümer, Private und Gemeinden. Dass die Eigentumsfreiheit und der Rechtsstaat so leichtsinnig geopfert werden, ist mehr als bedenklich!

Mit dem neuen Asylgesetz wird das Asylchaos vergrössert, die Verfahrensdauer verlängert und die illegale Migration gefördert. Eine Kostenexplosion wird folgen und die Eigentumsfreiheit massiv eingeschränkt. Diese Reform ist daher im Interesse einer „realistischen und pragmatischen“ Asylpolitik, aber auch aus rechtsstaatlichen Gründen, abzulehnen.

Christoph Blocher, a. Bundesrat